

ABENDZEITUNG (München)
WOCHENENDE,
8. / 9. 10. 2011
S. 4 POLITIK UND GELD

„Im Ernstfall hilft kein Sicherungsfonds“

AZ-INTERVIEW

Mit Prof. Werner Abelshauser



Der 67-jährige
promovierte Volkswirt
und Wirtschaftshistoriker
lehrt und forscht an
der Universität Bielefeld.

*Eine Insolvenz Griechenlands wäre für die Zentralbank EZB zu
verkräften, sagt der Wirtschaftshistoriker. Jedoch würden die privaten
Banken der Eurozone empfindlich getroffen*

**AZ: Die Regierungschefs scheinen sich auf eine Pleite Griechenlands
vorzubereiten. Auf was konkret müssen wir uns einstellen?**

WERNER ABELSHAUSER:

Ein Beispiel für das, was uns erwartet, ist die Insolvenz Argentiniens
2001. Damals ließ sich die Regierung in Buenos Aires
auf Verhandlungen mit den Gläubigern ein. Das Land verpflichtete
sich, einen erheblichen Teil seiner Schulden zurückzuzahlen
und wurde deshalb nicht ganz vom Kapitalmarkt abgeschnitten.

**Aber zunächst zog das Ausland sein Kapital ab, die argentinischen
Banken schlossen, große Teile der Bevölkerung stürzten in Armut.
Droht das auch in Griechenland?**

Nein, denn die Europäische Zentralbank EZB würde den
griechischen Banken unbegrenzt Geld zur Verfügung
stellen. Das tut sie de facto ja jetzt schon. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt
Griechenlands gerade Mal zwei Prozent der Wirtschaftsleistung
der Europäischen Union beträgt, ist das für uns auch nicht wirklich ein Problem.
Viel problematischer sind die Folgen für die Banken im übrigen
Europa. Sie müssten mindestens die Hälfte ihrer Anlagen in griechische Staatsanleihen
abschreiben. Wenn dann noch andere Risiken dazukommen . . . !

Wie sehr ist die europäische Finanzbranche in Griechenland engagiert?

Ich habe im April 2009 an einer Konferenz im Hotel Adlon in
Berlin unter der Schirmherrschaft des Bundesfinanzministers
teilgenommen. Dort trafen sich Vermögensverwalter, Versicherer, Banken, und alle
beschlossen: Wir kaufen Griechen-Anleihen, weil sie gute Rendite versprechen und über
die EU abgesichert sind. Über den Einwand, dass es die europäischen Normen verbieten,
die Schulden eines einzelnen Staates zu übernehmen, haben diese Investoren nur laut
gelacht. Für die war das ein Bombengeschäft. Wenn sie jetzt die Hälfte ihres Engagements
abschreiben müssen, ist das für manche Institute allerdings schon schwierig.

Welche Banken halten Sie im Fall einer Griechen-Pleite für besonders gefährdet?

Die größten Risiken liegen wohl in Richtung Italien und Frankreich.

Angenommen, die EU müsste große Banken stützen: Wäre es dann nicht sinnvoll, sie gleich zu verstaatlichen, damit der Steuerzahler wenigstens etwas für sein Geld bekommt und die Banken unter staatlicher Aufsicht neu geregelt werden können?

Im Prinzip schon. Allerdings müssten wir dann wissen, welche Regeln für die Finanzbranche gelten sollen. Im Augenblick wissen das die Regierungen selbst nicht.

Was raten Sie deutschen Sparern, die Geld bei einer Bank im Ausland haben – sagen wir, in Frankreich oder Italien?

Können sie sich im Fall des Falles auf den Einlagensicherungsfonds verlassen?

Nein. Ich würde so schnell wie möglich aus diesen Anlagen rausgehen. Im Ernstfall – wenn das Bankensystem eines Landes kollabiert – hilft auch kein Einlagensicherungsfonds. Bei dieser Einrichtung handelt es sich ja nicht um einen tatsächlich existierenden Kapitalstock, sondern nur um ein Versprechen der Banken, sich notfalls gegenseitig die Kundengelder abzusichern. Wenn viele oder gar alle Banken in Schwierigkeiten sind, hilft dieses Abkommen den Kunden gar nichts mehr.

Interview: sun